

Appell an das BMF: Ergebnisse der Mitgliederbefragung ernst nehmen

BDZ-Chef Klaus H. Leprich hat die politische Leitung des BMF mit den Ergebnissen der Mitgliederbefragung zur Lage der Zollverwaltung konfrontiert. In einem Schreiben an Staatssekretär Werner Gatzer macht Leprich deutlich, dass das Stimmungsbild der Beschäftigten, das sich aus dieser repräsentativen Erhebung ergebe, ernst genommen werden müsse. Die Mitgliederbefragung habe vom BDZ bereits vorgetragene Probleme bestätigt, die vom BMF gelöst werden müssten.

Leprich verweist auf die zahlreichen Großbaustellen des Zolls, die schon jetzt zu einer erheblichen Qualitätsminderung in der Aufgabenerledigung geführt hätten. Dramatische Personalfehlbestände in nahezu allen Bereichen des Zolls beeinträchtigten zwischenzeitlich die Aufgabenerledigung. Fakt sei, dass die bereits auf einem strengen Bemessungsprofil beruhenden Personaldefizite, die nach Feststellungen der Bundesfinanzdirektionen in einem mittleren vierstelligen Bereich lägen, unter Berücksichtigung der Altersabgänge weder kurz- noch mittelfristig abgebaut werden könnten.

Der permanente Hinweis auf die noch ausstehenden „Standards“ mahne zu besonderer Aufmerksamkeit. Der BDZ sehe darin keineswegs ein Allheilmittel. Entgegen anderslautenden Behauptungen befürchtet der BDZ, dass die bisher nicht bekannten „Standards“ nicht nur unterstützenden Charakter haben werden, sondern dass die Qualität der Aufgabenerledigung darunter leidet. Gegen den Versuch, die hervorragend ausgebildeten Zöllnerinnen und Zöllner „geistig zu enteignen“, werde sich der BDZ allen gewerkschaftlichen Mitteln wehren.

Leprich bekräftigt die Forderung des BDZ, dass für die Umsetzung des Projekts „Strukturentwicklung Zoll“ auf der Basis des Feinkonzepts dringend ein Organisationserlass erforderlich sei, der die Aufgabenzuweisung und die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem Bundesfinanzministerium, den Bundesfinanzdirektionen und den Hauptzollämtern abschließend und verbindlich regelt. Gleiches gelte für den Zollfahndungsdienst und das Bildungs- und Wissenschaftszentrum.

Darüber hinaus spricht Leprich das Problem der Übertragung von höherwertigen Dienstposten der Besoldungsgruppen A 9/A 9m ohne Ausschreibung an. Nachdem in den einzelnen Bundesfinanzbezirken unterschiedlich verfahren worden sei und das BMF diese Maßnahmen habe stoppen lassen, seien die Beschäftigten zu Recht verunsichert. Das BMF sei aufgefordert, das Dilemma zu beenden und für klare Verhältnisse zu sorgen.

Berlin, 20. Juli 2009